



fonction publique

numéro 2, avril 2012
paraît 4 fois par an
1^{ère} année

compact

Werte Leserinnen und Leser,

Dass der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten über die eigenen Reihen hinaus scheinbar nicht allzu viele Freunde haben, wurde in den vergangenen Wochen wieder einmal ganz deutlich. Knapp war der Streitfall in Sachen Beamtendienstrechtsreform beigelegt, hagelte es nur so Kritik. Dass das Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst nicht erst jetzt, sondern bereits im Juli 2011 unterzeichnet worden war, interessierte dabei nur wenig. Hauptsache, es konnte aus vollen Rohren geschossen werden, aus der Hüfte heraus, mitunter sogar weit unter die Gürtellinie.

Definitiv aber schoss das „Luxemburger Wort“ (wieder einmal) den Vogel ab, indem es in seinem Leitartikel vom vergangenen 31. März für einmal nicht den öffentlichen Dienst oder gar die CGFP ordentlich auf die Schippe nahm, sondern den CGFP-Generalsekretär ganz persönlich im Visier hatte. Über nicht gerade kluge und einer Zeitung wie dem präventösen LW eigentlich unwürdige Wendungen wie „den Mund dermaßen voll nehmen“ oder „ist zudem eine Frechheit“ kann man ja noch großzügig hinwegsehen. Wenn eine Zeitung, die sich „für Wahrheit und Recht“ auf die Fahne schreibt, es mit dieser Wahrheit allerdings nicht so genau nimmt, hört der Spaß definitiv auf. Entgegen der vom LW-Leitartikler erhobenen Behauptung hat sich der CGFP-Generalsekretär nämlich zu keinem Zeitpunkt dafür ausgesprochen, „bei Entwicklungshilfen für Drittländer zu sparen“. Eine solche Unterstellung ist schlicht falsch und kann keinesfalls so im Raum stehen gelassen werden. Dem LW-Chronisten scheint offensichtlich entgangen zu sein, dass die CGFP selber, über den Weg ihrer Dienstleistungsstruktur und eigenen Stiftung, in großem Stil geradezu Entwicklungshilfe leistet. Wie käme sie dann dazu, staatliche Fördermaßnahmen auch nur ansatzweise in Frage zu stellen? Wenn dann unterschwellig auch noch eine Verbindung zur Finanzierung des jüngsten Gehälterabkommens hergestellt wird, ist so etwas einfach inakzeptabel!

Die CGFP jedenfalls hat reagiert und wegen dieser (bewussten?) Falschdarstellung vor dem Eilgericht Klage erhoben. Hier geht es keinesfalls darum, jemanden mundtot zu machen oder journalistische Freiheiten einzuschränken, sondern lediglich um die wahrheitsgetreue Darstellung von nicht zu widerlegenden, bewiesenen Tatsachen, eben: um „Wahrheit und Recht“ – diesmal schon „aus Eigeninteresse“, um den Wortlaut des LW-Leitartiklers zu benutzen.

Wie es in Wirklichkeit um die Hilfsbereitschaft der CGFP und der öffentlichen Bediensteten zugunsten der minderbemittelten Regionen dieser Erde bestellt ist, will „fonction publique compact“ in dieser Ausgabe noch einmal ganz deutlich machen (siehe Seiten 3 und 6). Auf dass sich unsere Leserinnen und Leser wieder ein der Wahrheit entsprechendes Bild machen können – und dies ganz ohne Voreingenommenheit.

Steve Heiliger, Chefredakteur

steve.heiliger@cgfp.lu

Reform des Beamtendienstrechts

Schlichtungsprozedur beigelegt

Der Streitfall zwischen Regierung und CGFP in Bezug auf die Reform des Beamtendienstrechts ist beigelegt. Ein entsprechendes Papier wurde am Freitag, dem 30. März 2012, von beiden Parteien vor dem Schlichter unterzeichnet. Zuvor hatte die CGFP-Vorstandskonferenz den von CGFP und Regierung erarbeiteten Lösungsvorschlägen mit einer rund 90-prozentigen Mehrheit zugestimmt.

Knackpunkte waren bis zuletzt die Reform der Praktikantenausbildung („Stage“) und die zweckmäßige Anwendung des sogenannten Korrektionsmechanismus, der nach Darstellung der CGFP mögliche Einschnitte im Verlauf einer ganzen Karriere wettmachen müsse und nicht nur zum Zeitpunkt der Festanstellung. Und gerade das garantiert der nun unterschriebene Text, indem die Staatsbediensteten künftig, nach erfolgreichem Abschluss ihrer Praktikantenzeit, nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, in die dritte, sondern gleich in die vierte Gehaltsstufe ihrer jeweiligen Laufbahn eingestuft werden.

Was die Praktikantenausbildung betrifft, sieht der Text eine grundlegende Reform der „Stage“-Zeit mit u.a. einem Mindestmaß an Ausbildungszeiten vor. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Praktikanten nicht auf einmal zu billigen Arbeitskräften würden, indem sie bei weniger Gehalt dieselben Arbeiten erledigen müssten wie ihre vereidigten Beamtenkollegen.

Jüngste Versuche, die soziale Kohäsion im Lande zu gefährden und einen Keil zwischen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft zu treiben, verurteilt die CGFP aufs schärfste.

Ferner weist die CGFP darauf hin, dass das vor dem Schlichter unterzeichnete Papier eine direkte Verbindung zwischen dem Reformvorhaben und dem im Juli 2011 eingegangenen Besoldungsabkommen herstellt. Nachdem das Besoldungsabkommen von politischer Seite wieder angezweifelt worden sei, werde auch das Vorhaben zur Durchführung einer Reform des Beamtendienstrechts erneut in Frage gestellt, so die CGFP.

Des weiteren pocht die CGFP darauf, dass ihre Fachverbände, dem unterzeichneten Abkommen entsprechend, von der Regierung konkrete schriftliche Antworten auf ihre legitimen Forderungen erhalten und dann noch einmal die Möglichkeit auf eine Unterredung mit den für den öffentlichen Dienst zuständigen Regierungsmitgliedern bekommen, und zwar noch bevor das Reformvorhaben in der Abgeordnetenversammlung hinterlegt wird.

PERIODIQUE



LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

Port payé
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Skandalöse Beamtenhetze im LW

CGFP-Entwicklungshilfe in großem Stil

Im LW-Leitartikel vom Samstag, dem 31. März 2012, wird wahrheitswidrig behauptet, die CGFP habe Kritik an der großzügigen staatlichen Entwicklungspolitik geübt. Zitat: „Dass CGFP-Generalsekretär Wolff (...) der Regierung konstante Schwarzmalerei unterstellte und ihr sogar nahelegte, bei Hilfen für Drittländer zu sparen, (...) ist zudem eine Frechheit...“. Und wenige Zeilen weiter: „Ebenso wenig hinnehmbar ist die Aufforderung Wolffs, bei Entwicklungshilfen für Drittländer zu sparen, die dann auch noch in einen völlig irreführenden Zusammenhang mit der luxemburgischen Bewerbung für den UN-Weltsicherheitsrat gestellt wird.“

Nun: Richtig sagte der CGFP-Generalsekretär vor Journalisten: „E puer Plaatz, wou ganz einfach, ouni vill Gedeesëms kéint gespuert ginn, wa mer da bei deem Thema sin, dat wier eiser Meenung no notamment bei der Parteienfinanzierung, an ët kann ee sech och d'Fro stellen, wivill u Milliounen Euro pro Joer verschlong gin, duerch déi säit Joere gemaachten Ustrengungen, fir ronn 100 Länner, zum Deel aus der Drëtter Welt, derzou ze kréien, fir datt Lëtzebuerg kuerzjäteg e Sëtz am UN-Sécherheetsrot soll kréien. Wat kascht dat eis? A virun allem muss een d'Fro eigentlech stellen: Wat bréngt dat?“

Und zu dieser Aussage stehen die CGFP und ihr Generalsekretär auch weiterhin. Genau wie ein anderer Leitartikler des „Luxemburger Wort“, der gerade mal vier Tage vor besagten Angriffen die Unangemessenheit der luxemburger UN-Politik wie folgt kritisierte: „In Anbetracht der Ausführungen des Außenministers kann ein Außenstehender sogar den Eindruck gewinnen, das kleine Großherzogtum hätte keine größere Herausforderung zu bewältigen als die erfolgreiche Eroberung eines Sitzes im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen am Hudson River.“

Genauso findet es die CGFP übertrieben, dass wegen dieser Bewerbung Luxemburgs über Jahre hinweg Hunderte von Diplomaten-Reisen unternommen werden müssen, selbst in die entferntesten Kleinstaaten des Pazifiks, mit dem einzigen Ziel, Australien und Finnland als Vertreter der westlichen Welt im Sicherheitsrat auszustecken. Und sie nimmt sich die Freiheit, dies auch öffentlich zu sagen, ganz egal, ob das dem „Luxemburger Wort“ nun passt oder nicht.

Dann zum Thema Entwicklungshilfe: Natürlich begrüßt die CGFP alle staatlichen Förder-



Seit Jahrzehnten schon unterstützt die CGFP Entwicklungshilfeprogramme in Millionenhöhe in aller Welt. Im LW war hiervon bislang recht wenig zu lesen.

maßnahmen zum Wohle der minderbemittelten Regionen dieser Erde. Ganz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungshilfe unterstützt die CGFP bereits seit Jahrzehnten Entwicklungsprogramme in den unterschiedlichsten Regionen und führt seit mehr als acht Jahren sogar eigene Entwicklungsprojekte in Afrika und Bolivien durch. Kostenpunkt: mehr als drei Millionen Euro, die integral aus Spenden der CGFP-Mitglieder und aus der staatlichen Kofinanzierung stammen (siehe hierzu auch Seite 6 dieser Ausgabe). Wie käme sie dann dazu, Kritik an der großzügigen staatlichen Entwicklungshilfe zu üben?

Ihr Engagement brachte der CGFP jüngst noch Lob und Anerkennung von Seiten der Kooperationsministerin ein: Die CGFP-Initiative sei einfach beispiellos!, reagierte Ministerin Marie-Josée Jacobs vor nicht allzu langer Zeit auf die Frage, wie sie die Aktionen der luxemburger Beamtschaft in Dritt-Welt-Ländern denn bewerte. Sie finde es „einfach großartig“, dass eine Gewerkschaftsorganisation wie die CGFP nicht nur um die Interessen ihrer Mitglieder hier im Lande bemüht sei, sondern darüber hinaus auch noch an diejenigen denke, die nicht das Glück hätten, auf der Sonnenseite des Lebens zu stehen, sagte die Ministerin wörtlich. Hinzu komme, dass man ja weitaus motivierter an ein eigenes Vorhaben herangehe. Und genau das passiere hier.

Die CGFP ziehe – dank der Unterstützung ihrer Mitglieder – im westafrikanischen Togo eigene Entwicklungshilfeprojekte durch. Und das sei in der Tat eine ganz andere Herangehensweise als die vielerorts betriebene Scheckheftpolitik, bei der man einfach mal ins Portemonnaie greife, um sein Gewissen zu beruhigen. Wichtig sei darüber hinaus aber auch dieses Langzeit-Engagement der CGFP, meinte Marie-Josée Jacobs weiter. Sie glaube zu wissen, dass die CGFP – über den Weg ihrer Stiftung – seit mehr als 30 Jahren in der Entwicklungshilfe tätig sei. Und wer auf über ein Vierteljahrhundert Entwicklungshilfe zurückschauen könne, brauche einen langen Atem.

All dies scheint dem LW-Leitartikler offensichtlich entgangen zu sein. Oder ist es bei der perfiden Diffamierung der CGFP und ihrer Mandatsträger schlicht darum gegangen, eine Gewerkschaft mundtot zu machen und ihr naheulegen, ihre Meinung gefälligst für sich zu behalten? Das allerdings wäre starker Tobak!

Die CGFP jedenfalls lässt dem LW und seinem Leitartikler diese Falschdarstellung nicht durchgehen und hat in dieser Angelegenheit, wie auf Seite 1 erwähnt, Klage vor dem Eilgericht erhoben. Sie erwartet, dass das „Luxemburger Wort“ diese Diffamierung eindeutig widerruft und sich getreu seinem Leitmotiv öffentlich dafür entschuldigt!



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
28, Dernier Sol, L-2543 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

Eine ganze Nation im Banne falscher Zahlen

Was in Luxemburg strukturell krank ist, sind nicht die Staatsfinanzen, sondern vielmehr die diesbezüglichen amtlichen Voraussagen. Dass dann Politiker unterschiedlichster Couleur ständig das Gleiche wiederholen, und es die Pressemenschen unbesehen weiterverbreiten, und dass sie zusammen es so oft wiederholen, bis ein Großteil der Öffentlichkeit es schließlich glaubt, das ändert nichts an den offensichtlichen Tatsachen und das macht aus den kursierenden falschen Einschätzungen keine Wahrheiten.

Dass man hierzulande politische Entscheidungen auf Grund einer irrigen Beurteilung der Lage trifft, das ist nicht neu. Vielleicht lässt sich in unserer derzeitigen Politikultur daran auch nichts ändern. Es kann uns aber nicht daran hindern, die Täuschungen offenzulegen und anzuprangern.

Chronische Unterschätzungen

2001 hatte man uns amtlicherseits ein wirtschaftliches Wachstum von +1,2% vorausgesagt, doch wir erzielten schließlich ein Plus von +2,5%. Für 2002 prophezeite man einen BIP-Anstieg von +1,1%, doch dieser betrug tatsächlich +4,1%. Und so ging es dann in den Folgejahren weiter: Im Zeitraum 2001 bis 2007 betrug der jährliche Irrtum der Auguren durchschnittlich 1,8% des BIP, weil der Statedec einen Aufschwung von +2,4% im Jahresschnitt vorhergesagt hatte, während sich stattdessen tatsächlich ein Plus von +4,2% ergab.

Warum wird hier zeitlich soweit zurückgegriffen? Nun, um mit präzisen Fakten klar zu belegen, dass Luxemburg es bezüglich des offiziellen Vorausplanens mit einer systematischen, institutionellen Urteilsschwäche der politischen Verantwortlichen zu tun hat, also mit einem strukturellen Problem aller Regierungsprognosen und einer sträflichen Autoritätshörigkeit von Parlamentariern und Journalisten.

Die erwähnten Zahlen bedeuten, dass für die sieben „normalen“ Kalenderjahre 2001 bis 2007, ein Zeitraum ohne unvorhergesehene Krisenauslässe, ein realer Anstieg festgestellt wurde, der im Durchschnitt um 75% über den offiziellen Prognosen lag. In einzelnen Jahren erreichte das Fehlurteil ein unannehmbares Ausmaß von 208% beziehungsweise 220% (2001 und 2004); 2007 betrug das effektive Wachstum gar 372,7% der Vorhersage, also fast das Vierfache.

Im Rückblick erscheinen die offiziellen Schätzungen somit fast wie ein reines Phantasieprodukt. Wären die entsprechenden Veröffentlichungen nur von rein akademischem Interesse, so könnte man das als eine weitere Absonderlichkeit des Luxemburger Kleinstaat ansehen. Leider aber sind sie vielmehr der Dreh- und Angelpunkt für politische Entscheidungen und nicht zuletzt für die gesamte öffentliche Finanzplanung. Und dies mit zuweilen verheerenden Folgen.

Erneute Fehlprognose

Die unlängst von der Regierung vorgelegten Schätzungen bezüglich der unmittelbaren Fortentwicklung unserer Staatsfinanzen beruhen im Wesentlichen auf Voraussagen über die zeitige volkswirtschaftliche Lage Luxemburgs. Dabei geht die Regierung nun für 2012 von einer Rezession aus, genauer gesagt von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um -0,9%.

Da wir nun wissen, wie vorhin festgestellt, dass die amtlichen Prophezeiungen systematisch zu tief liegen, im Schnitt um 1,8%, können wir vernünftigerweise mit einem realen Wachstum von schätzungsweise +0,9% rechnen. Wer dies als eine simple Milchmädchenrechnung ansieht, dem sei gesagt, dass einerseits die EU-Kommission derzeit für Luxemburg im Jahre 2012 ein Wachstum von +0,7% vorhersagt, und dass andererseits die

Luxemburger Zentralbank – wahrlich nicht bekannt für optimistische Prognosen – einen Wachstumskorridor von 0% bis +2,0% ausmacht, nachdem sie einen zentralen Wert von +1,1% berechnet hatte.

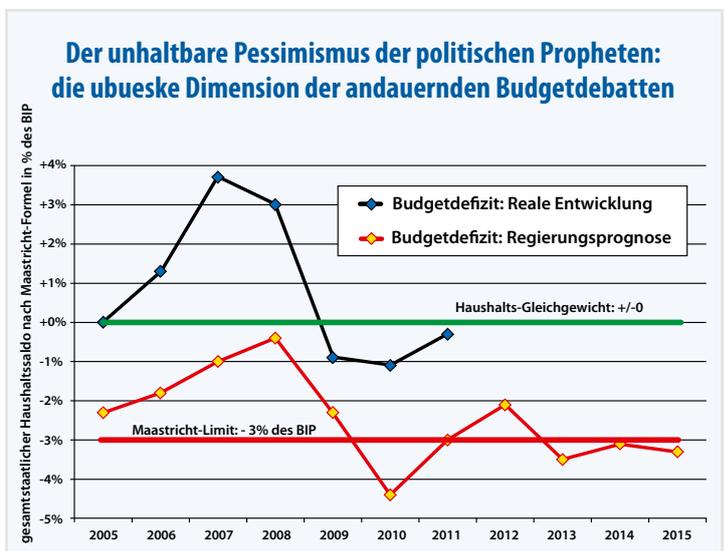
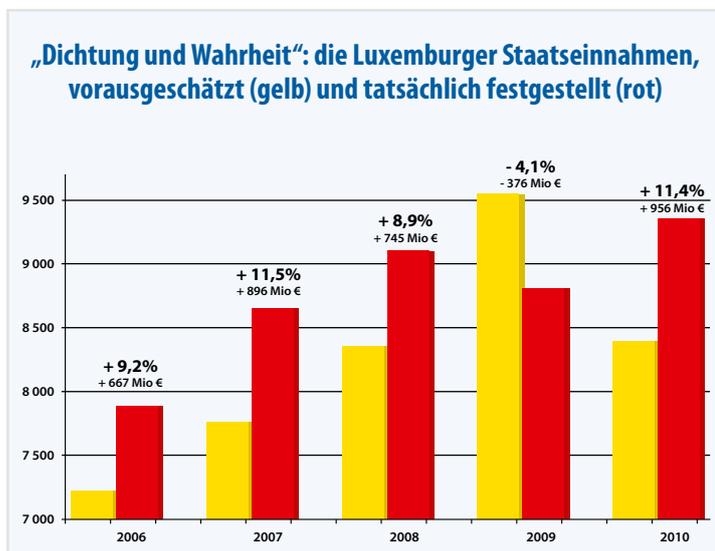
Weitere ausländische Schätzungen liegen in der gleichen Größenordnung, wie etwa die soeben veröffentlichte „E&Y Eurozone Forecast“ mit +0,7% für Luxemburg. Wo wir genau landen werden, weiß derzeit keiner genau. Dass die Luxemburger Regierung aber eindeutig daneben liegt, „cela crève les yeux“. Auch wenn sich in Parlament und Presse weiterhin alle einig darüber sind, dass die Regierung Schönfärberei betreiben würde.

Verpasstes Maastrichtfiasko

Bezüglich der Staatsfinanzen fokussiert sich die Debatte in den letzten Jahren immer wieder auf den jährlichen Haushaltssaldo nach der ominösen Maastricht-Formel, also auf die Zahlen für den Gesamtstaat, einschließlich des Gemeindesektors und der Sozialversicherungen. Hier wurde für den Zeitraum von 2005 bis 2012 von Regierungsseite sieben Mal ein Jahresdefizit vorhergesagt, zusammen in Höhe von durchschnittlich -2,2% des BIP.

Zwei Mal sollte das zu erwartende Defizit dabei sogar die Maastricht-Grenze von -3,0% überschreiten. Es platzten Tripartite-Gespräche, weil die Gewerkschaften nicht glauben wollten, dass die auf dem Tisch liegenden Zahlen korrekt seien. Von höchster Stelle schallte es: „Die CGFP-Zahlen sind falsch!“ Heute aber steht schwarz auf weiß fest, dass das Misstrauen der Gewerkschaften voll gerechtfertigt war.

Und in Wirklichkeit kam es bisher in Luxemburg noch nie zu einem Verstoß gegen die Maastricht-Norm. Die Argumente für die eingeforderte Austerität erwiesen sich als falsch: Das im Sozialdialog vorgezeigte Schreckgespenst erwies sich als eine Vogelscheuche.



Das extremste Defizit unseres Staates erreichte lediglich -1,1% des BIP. Die Salden aller sieben angesprochenen Jahre ergeben zusammen einen durchschnittlichen Jahresüberschuss von +0,8%. Statt im Schnitt minus 2,2% des BIP also plus 0,8%. Die Fehlermarge erreichte demnach im jährlichen Durchschnitt 3,0% des BIP, was immerhin etwa 12% des staatlichen Haushaltsvolumens ausmacht.

Ein Rekordwert wurde 2007 erzielt, als man um ganze 4,7% des BIP daneben lag, weil statt des prophezeiten Defizits von -1,0% ein Überschuss von 3,7% herauskam. Diese 4,7% des BIP von 2007 stellen immerhin 1,75 Milliarden Euro oder 70 Milliarden Franken dar. Eine Fehleinschätzung des Haushaltssaldos von gigantischem Ausmaß. Nur gut, dass dieser Irrtum nicht in die andere Richtung ging!

Keiner unserer Leser aber wird sich daran erinnern, dass diese grobe Fehleinschätzung, nachdem sie feststellbar war, je thematisiert worden wäre in Parlament oder Presse. Und dies aus gutem Grunde. Denn in diesen Foren hatte niemand die Unwahrscheinlichkeit der Kassandrarufer erkannt. Alle hatten sich darauf beschränkt, den Vorbetern nachzuplappern.

Ständige Fehlschätzungen

Worauf es tatsächlich ankommt, ist natürlich nicht die Maastricht-Algebra mit ihren BIP-Prozenten, sondern das ist vielmehr die konkrete Kassenlage des Staates in Millionen und Milliarden Euro. Und hier sind die offiziellen Prognosen genauso chronisch falsch.

Für 2006 beispielsweise waren ordentliche Staatseinnahmen von 7.224 Millionen Euro

eingepplant, eingenommen wurden aber schließlich 7.891 Millionen: Die offiziellen im Haushaltsgesetz eingeschriebenen Erwartungen wurden demnach um +667 Millionen Euro oder um +9,2% übertroffen. 2007 ergab einen Mehrwert von +896 Millionen oder +11,5% und 2008 einen solchen von +745 Millionen oder +8,9%.

Und die Krise? Ja, die Planung für das Haushaltsprojekt 2009 war bereits abgeschlossen, als es im Oktober 2008 in New York krachte, also eine Vorkrisen-Prognose, die (auch wegen der allgemeinen Unsicherheit, wie die Krise sich entwickeln und auswirken könnte) weder vor dem Gesetzesvotum noch im Laufe des Rechnungsjahres abgeändert wurde. Das Ergebnis ist der relativ kleinste Irrtum unserer jüngeren Haushaltsgeschichte: Die realen Einnahmen fielen unter die vorhergesagten Schätzungen, aber nur moderat, um -376 Millionen Euro oder -4,1%.

Doch 2010 war bereits alles wieder im alten Trott: Die Schätzungen waren erneut so zaghaft, dass sie von den Ergebnissen um +956 Millionen oder +11,4% abwichen. Lassen wir das Krisenjahr beiseite, so haben wir im Jahresdurchschnitt eine Überschreitung der Vorhersagen von +816 Millionen oder +10,3%.

(NB.: Für 2012 liegen vergleichbare Zahlen noch nicht vor. Bekannt sind lediglich Statistiken über Brutto-Einnahmen, die noch bearbeitet werden müssen hinsichtlich des Steueranteils der Gemeinden und der EU. Bei diesen Bruttoeinnahmen liegt das Plus gegenüber den Erwartungen bei +730 Millionen Euro oder +7,2%, also durchaus im gewohnten Bereich.)

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache, auch wenn diese Tatsachen von den Mainstream-Denkern und Meinungsmachern totgeschwiegen werden. Es ist fast wie im Putin-Land: Im öffentlichen Raum gibt es nur die offizielle Wahrheit, und die braucht sich nicht um die Realität zu scheren. Wir haben einen, die Fakten leugnenden öffentlichen Diskurs wie in einem Dritt-Welt-Staat, mit jämmerlichen Wirtschafts- und Finanz-Voranschätzungen.

Der hier dokumentierte amtliche Pessimismus ist permanent, systematisch, chronisch, ja regelrecht „strukturell“. Das laufende Wirtschaftswachstum einzuschätzen und die jährlichen Staatseinnahmen vorherzusagen, ist ein Vorgang, bei dem unsere Computer sich offensichtlich Jahr um Jahr als lernunfähig, unbeherrschbar und erfahrungsresistent erweisen.

Was auch immer hier die Gründe sind, die CGFP wird nicht falsche Daten als richtig ansehen, nur weil dies der Politik in den Kram passen und ihr das Leben erleichtern würde.

V.T.

P.S.: Die verwendeten Zahlen, auch wenn sie wie Phantasieprodukte aussehen, entstammen den amtlichen Veröffentlichungen der Regierung, wie den jährlichen Budgetgesetzen und Generalkonten, den volkswirtschaftlichen Statistiken und Konjunkturanalysen des Statec sowie den offiziellen Mitteilungen der Regierung an die Brüsseler Institutionen im Rahmen der europäischen Defizit-Prozeduren.

Experten dementieren die eigene Prognose

Im Juli 2011 war das Wirtschaftswachstum in den Statec-Erwartungen für 2012 noch von +3,5% auf +3,8% angehoben worden. Beim Erstellen des Budgetprojektes im Herbst ging die Regierung dann für 2012 von einem Wachstum von +2,2% aus, wofür der Finanzminister von allen Fraktionen als unverantwortlicher Optimist gescholten wurde.

Im November verdüsterte sich das Panorama, und die Gurus wurden vorsichtig: „A côté de sa prévision macro-économique de base (croissance de +1,4% en 2012), le STATEC décrit, tout aussi vraisemblable, un scénario de récession (-1,9% du PIB pour 2012).“ Zwischen plus 1,4% und minus 1,9% aber liegt ein enormer Unterschied, in der Größenordnung von 1,5 Milliarden Euro.

Dass die statistischen Orakel jetzt so vieldeutig waren wie jenes aus dem antiken Delphi, entschuldigte man im Expertenjargon mit einer „verminderten Visibilität“. Die Volkswirte gaben zu, nicht erkennen zu können, wo die Fahrt hingehet. Dadurch aber wurden die Parlamentarier nicht erschüttert in ihrer Gewissheit einer Talfahrt des Landes, gemäß den jahrelangen Vorgaben von Fedil, OECD und Gouverneur Mersch.

Angesichts des Vorwurfs, sie regiere nicht, nahm die Regierung einen neuen Anlauf und forderte anfangs dieses Jahres eine aussagekräftigere Expertise an. Ein dazu berufenes „comité de prévision“ erfüllte die Erwartungen voll, indem es für 2012 eine Rezession mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von -0,9% ankündigte.

Hoherfreut über die eindeutige Rechtfertigung einer Hunderte-Millionen-Austerität schwingt man sich im Abgeordnetenhaus zu rhetorischen Meisterleistungen auf: Das Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst ist zu kippen, der 13. Monat sollte im Staatsdienst verschwinden. Und, und, und....

Anfang April jedoch drehte der Statec-Computer den Austeritäts-Predigern eine lange Nase, indem er seine Prognosen an jene der ausländischen und internationalen Statistiker und der BCL anpasste: Die amtlichen Zahlen für 2011 wurden kräftig nach oben revidiert und auch für 2012 erwartet man statt einer Rezession nun ein reales Wachstum. Dazu das Luxemburger Wort am 5. April:

„... so dass die Statec-Experten gegen Jahresende von einem durchwegs pessimistischen Szenario ausgingen. Dieses liegt auch der

„Note du comité de prévision“ zugrunde, die von Finanzminister Frieden Anfang März vorgestellt wurde. In diesen makroökonomischen Prognosen für den Zeitraum 2011 bis 2015, die unter Federführung des Statec entstanden, gehen die Regierungsexperten von einer Rezession von 0,9% des BIP in diesem Jahr aus. Wie es jetzt aussieht, könnte es aber weniger schlimm kommen. Die konjunkturelle Aufhellung erfolgte im Dezember und im Januar, und wurde nicht mehr in dem Ausblick des „comité de prévision“ berücksichtigt.“

Schlimm, nicht wahr?! Wie konnten die Experten den Politikern solches nur antun? Der negative Ausblick des politischen Mainstream-Denkens war total falsch; damit ist die Berechnung der künftigen Budgetdefizite in ihren Grundfesten erschüttert. Ist nach den Osterferien politischer Katzenjammer angesagt? Oder wird man, mangels gefügiger Zahlen, nun die Expertenstimmen ignorieren und das Gegenteil dessen tun, was sie nahelegen?

Auch dies wäre wahrlich kein Fortschritt. Luxemburg braucht nämlich Aufschwung statt unsinniger Konjunkturbremsen.

V.T.

„Œuvre CGFP d'Aide au Développement“: über 3,4 Millionen Euro investiert



Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit dem Wasserwerk der Stadt Luxemburg hat Serge Scheffen im März unser Projekt im Togo besucht und tatkräftige Unterstützung beim Aufbau des Ateliers und der Instandsetzung der Wasserpumpen geleistet. Wir danken für diesen engagierten Beitrag.

Garstige Staatsbeamten-Fresser, vornehmlich im LW, behaupten in Leitartikeln, die CGFP kritisiere die Luxemburger Entwicklungshilfe. Das Gegenteil ist der Fall.

In Wahrheit betreibt die CGFP konkrete Entwicklungshilfe, und zwar in erheblichem Ausmaß. Die Luxemburger Entwicklungshilfe erlaubt es bekanntlich, für sinnvolle Entwicklungsprojekte eine staatliche Förderung zu erhalten.

Die „Œuvre CGFP d'Aide au Développement“ hat bisher mit dem zuständigen Ministerium acht Verträge, während zwei weitere in Bearbeitung sind. Diese 10 Vorhaben erreichen zusammen ein Finanzierungsvolumen von über 3.400.000 Euro. Durch das Ausnutzen der staatlichen Ko-Finanzierung kann mit den Spenden unserer Mitglieder mehr bewirkt werden.

In Bolivien unterstützen wir in einer verlorenen Bergregion eine bestehende Primärschule für erwachsene Analphabeten mit insgesamt 140.000 Euro. Unsere Tätigkeiten in der Dritten Welt konzentrieren sich aber in erster Linie auf den afrikanischen Staat Togo, in dessen Hauptstadt die Luxemburger Staatsbeamtin Marie-France Specke eine Mannschaft von 18 lokalen Mitarbeitern leitet. Seit 2004 geht es hier um die berufliche Weiterbildung von Landwirten und Produktionsverbesserungen durch Mikrokredite, seit 2011 auch um die Reparatur von Dorfbrunnen und manuellen Wasserpumpen sowie den Bau von öffentlichen Latrinen. Daneben lassen wir medizinische Einrichtungen renovieren und erweitern und bauen neue, vor allem im Interesse von Kindern und werdenden Müttern.

Mit Krediten von über 1,8 Millionen Euro läuft seit 8 Jahren das landwirtschaftliche Projekt APARTogo. Die 4 ersten Jahre des Wasserprojektes EAUTogo verfügen über ein Kreditvolumen von 800.000 Euro. Daneben wurde eine ländliche Maternité in Yometchin saniert, es wird ein Dispensaire in Aképé in Stand gesetzt und erweitert sowie ein neues „Centre de santé materno-infantile“ in Kpimé geschaffen, für zusammen 670.000 Euro.

Wenn uns das Vertrauen unserer Spender und die sinnvolle staatliche Ko-Finanzierung erhalten bleiben, können wir dieses Wirken weiter verfolgen. Herzlichen Dank an alle, die uns dabei bereits finanziell unterstützt haben und/oder uns weiterhin unterstützen werden. Die Spenden an die „Fondation CGFP de Secours“ können von der Einkommenssteuer abgesetzt werden.

Fondation CGFP de Secours

CCPL : IBAN LU46 1111 0733 4614 0000

BCEE : IBAN LU57 0019 1000 2060 6000

DKV: Versorgungslücken schließen

Als kompetenter Partner auf dem Gebiet der privaten Krankenversicherung schließt die DKV Luxembourg S.A., seit 2011 Kooperationspartner von CGFP-Services, in erster Linie Versorgungslücken, die von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht abgedeckt sind.

Dank der mit CGFP-Services eingegangenen Kooperation können CGFP-Mitglieder von besonders günstigen Vertragsbedingungen profitieren.

Und das Besondere dabei: Selbst CGFP-Mitglieder, die bereits DKV-Kunde sind, können ihren bestehenden Vertrag in die dank der Zusammenarbeit mit CGFP-Services möglich gewordene günstigere Fassung umstellen lassen.

**Zusätzliche Informationen
unter Info-Tel.:**
47 36 51

Kinderbetreuung in familienähnlicher Atmosphäre

Familie und Beruf sinnvoll miteinander verbinden zu können, war und ist auch heute noch immer das Ziel der nunmehr bereits vor 16 Jahren gegründeten CGFP-eigenen Kindertagesstätte „Kaweechelchen“ mit Sitz auf Belair. Bis zu 44 Kinder leben hier tagsüber zusammen. Sie basteln, turnen, singen, tanzen und malen. Die Kinder sollen sich rundum wohlfühlen. In familienähnlicher Atmosphäre sollen sie betreut werden und soziale Verantwortung erlernen. Wohlfühlen kann man sich hier allemal.



Mit viel Liebe zum Detail wurde das auf Nr. 36 an der hauptstädtischen Rue J.-B. Esch gelegene Gebäude seinerzeit kindergerecht hergerichtet und im Laufe der Jahre immer wieder auf den neuesten Stand gebracht. Kindertagesstätten haben in der Tat einen wichtigen Betreuungs- und Erziehungsauftrag und müssen alleine schon deshalb hohen fachlichen und organisatorischen Standards entsprechen, um Kindern eine optimale Förderung zu gewährleisten.

Aufgrund des am 15. Juli 2011 erzielten Besoldungsabkommens soll das Kinderbetreuungsangebot der CGFP nun erweitert werden. Zurzeit sind die Rahmenbedingungen zur Einrichtung von zwei zusätzlichen, von CGFP-Services zu verwaltenden Kindertagesstätten in Ausarbeitung.

CGFP-Services

annonce pour mai 2012
l'ouverture de l'agence

CGFP  **Assurances**



Sparen mit Spielraum

Die flexible Art, für Kinder vorzusorgen

Kinder haben Ansprüche. Und auch diese wachsen. Damit Sie die kleinen und großen Wünsche finanzieren können, sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.



BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu